

Arendt, Walter; Molitor, Bruno; Geißler, Heinrich

Article — Digitized Version

## Grenzen des Sozialstaats

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Arendt, Walter; Molitor, Bruno; Geißler, Heinrich (1975) : Grenzen des Sozialstaats, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 6, pp. 282-292

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134824>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Grenzen des Sozialstaats

Überproportionale Kostensteigerungen und Zunahme der Abgabenbelastung in nahezu allen Bereichen der sozialen Sicherung werfen die Frage nach den Grenzen des Sozialstaats auf. Wo liegen sie?

---

Walter Arendt

### Stabilität durch Sozialpolitik

Die in Mode gekommene Diskussion über die Grenzen des Sozialstaats ist bei Höhe und Umfang unserer sozialen Leistungen nicht illegitim; sie wird aber leider von denen, die sie aufgebracht haben, ziemlich oberflächlich geführt. Ihr fehlt das am meisten, was man von einer wichtigen Diskussion erwarten darf: vernünftige, abgewogene Argumente. Es gibt einen Überschuß an Vorurteilen und ein Defizit an gründlichem Nachdenken über wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge. Meist handelt es sich um folgende Vorurteile:

Der Staat vertritt nicht die Interessen aller Bürger, sondern ist im Prinzip eine Veranstaltung zur Stabilisierung einer bürgerfeindlichen Herrschaft.

Sparen ist besser als verbrauchen.

Privat sparen ist besser als staatlich sparen.

Privatverbrauch ist besser als Staatsverbrauch.

Freiheit und soziale Sicherung liegen im Konflikt miteinander.

Alles zusammengenommen sind das Ideen, die das aufstrebende Bürgertum im 19. Jahrhundert im Kampf gegen den absolutistischen Feudalstaat entwickelt hat. Sie sind im Kern antistaatlich und bis zum Egoismus individualistisch. Sie stammen aus und orientieren sich an einer längst untergegangenen Welt. Niemand handelt praktisch mehr nach ihnen, aber sie sind noch unreflektierter Bestandteil der Weltanschauung vieler an sich vernünftiger Menschen.

Zunächst einmal ist der demokratische und soziale Rechtsstaat des Grundgesetzes nicht die hohenzollernsche Monarchie, die obrigkeitstaatlich die „Wohlfahrt“ ihrer Untertanen fördern wollte. Die halbfeudale Bismarcksche Innenpolitik ist tot. Ihre bürgerlichen Gegner brauchen fast ein Jahrhundert später nicht mehr gegen sie Sturm zu laufen und sie einer soziallibe-

ralen Koalition vorzuhalten. Dieser Staat ist demokratisch, er ist in rechtsstaatlichen Grenzen den Interessen des legitimierte demokratischen Souveräns, des Wählers, verpflichtet. Die Interessen der Wähler bestimmen die Grenzen des Sozialstaats, sonst niemand.

#### **Ausufernder Sozialkonsum: ein Vorurteil**

Da ist das Vorurteil vom ausufernden Sozialkonsum. Werfen wir zuerst einen Blick auf die Tatsachen, fragen dann nach den Ursachen und beurteilen sie erst dann, wenn wir zuvor die Realität und ihre Entstehungsgeschichte auf uns haben wirken lassen: Soziale Sicherung ist die Antwort der Industriegesellschaft mit Arbeitnehmern, Kleinfamilie und Geldeinkommen auf das Ende der Agrargesellschaft mit Bauern und Handwerkern, Großfamilie und Naturaleinkommen.

Soziale Sicherung ist heute die wichtigste Einkommens-

quelle derer, die kein Erwerbseinkommen haben: entweder weil sie das Erwerbsleben noch vor sich haben, oder weil sie als Kranke oder Arbeitslose vorübergehend ohne Einkommen sind, oder weil sie als Rentner ihr Arbeitsleben hinter sich haben. Sie alle sind auf ein gut ausgebautes Netz der sozialen Sicherung angewiesen, wenn zu den körperlichen und seelischen Belastungen, die Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter mit sich bringen, nicht materielle Not hinzukommen soll.

Das Netz der sozialen Sicherung, auf das ein Bürger dieses Landes sich verlassen kann, ist eindrucksvoll und kann sich überall auf der Welt sehen lassen.

Nimmt man, um längere vergleichbare Zeitreihen zu erhalten, die Einkommensübertragungen der Sozialversicherung und des Staates sowie die Sachleistungen der sozialen Sicherung, den sogenannten Staatsverbrauch, in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, so ergibt sich langfristig folgende Entwicklung: Diese Sozialleistungen stiegen von 14,7% des Bruttosozialprodukts im Jahre 1950 über 15,3% 1960, 16,6% 1970 auf 19,4% im vorigen Jahr 1974; 1978 werden es mindestens 21,0% sein. Dabei stiegen die Einkommensübertragungen um das Zehnfache, der Staatsverbrauch der sozialen Sicherung um das 19,8fache, das Bruttosozialprodukt dagegen um das 9,3fache. Diese Steigerung geht auf zwei Ursachenbündel zurück.

Da gibt es einmal Einflussfaktoren, die, wenn ein soziales Sicherungssystem einmal besteht, nur durch schwere Eingriffe in den sozialen Besitzstand beeinflusst werden können:

Die Zunahme der Zahl der älteren Menschen in unserem Land verteuert die Renten- und Krankenversicherung und, das

wird oft übersehen, die Sozialhilfe und das Wohngeld. 1971 war jeder 22., heute ist fast jeder Siebte älter als 65 Jahre.

Die Dienstleistungen, besonders im Gesundheitsbereich, werden personalintensiver und teurer; sie werden zudem von einer aufgeklärten Bevölkerung mehr als in der Vergangenheit in Anspruch genommen.

Andererseits ist das Netz der sozialen Sicherung durch unsere gemeinsame Arbeit in Regierung und Parlament engmaschiger geworden. Das Ergebnis unserer Bemühungen zeigt sich auf drei Feldern:

Es gibt neue Sozialleistungen.

#### Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

*Walter Arendt, 50, SPD-Bundestagsmitglied seit 1961, amtiert als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in Bonn. Von 1964 bis 1969 führte er den Vorsitz der IG Bergbau und Energie.*

*Prof. Dr. Bruno Molitor, 47, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg. Er leitet dort das Institut für Verteilungs- und Sozialpolitik.*

*Dr. jur. Heinrich Geißler, 45, Mitglied des CDU-Landesvorstandes von Rheinland-Pfalz, ist seit 1967 Minister für Soziales, Gesundheit und Sport der Rheinland-Pfälzischen Landesregierung in Mainz.*

Bestehende Sozialleistungen wurden erhöht.

Immer mehr Sozialleistungen, bestehende wie neu hinzugekommene, wurden in die Dynamisierung einbezogen.

#### Aufteilung der Sozialmark

Um die Diskussion über die Dimensionen der Sozialleistungen sachlich zu führen, muß man wissen, wie die berüchtigte Sozialmark sich aufteilt. Von einer DM Sozialaufwand flossen 1974 etwa 63 Pfennig als Barleistungen in den privaten Verbrauch. 25 Pfennig waren Sachleistungen an die Versicherten und Staatsbürger; zwölf Pfennig wurden gespart, davon vier Pfennig durch die Begünstigten von ihren Barleistungen, acht Pfennig zwangsweise durch Überschüsse des Systems der sozialen Sicherung.

Jeder dieser Tatbestände verdient wirtschaftlich eine andere Beurteilung. 75 Prozent der Sozialleistungen werden entweder verbraucht (63 Prozent) oder staatlich und privat gespart (zwölf Prozent). Nun scheint kein Gegner des „Sozialstaats“ etwas gegen den privaten Verbrauch zu haben. Oder doch? Sind etwa die altväterlichen, vorindustriellen Tugenden des Sparens um jeden Preis Sieger geblieben über den aufgeklärten wirtschaftlichen Sachverstand?

Soziale Sicherung stabilisiert über die sogenannten Transfer-einkommen den privaten Verbrauch, verstetigt durch das Finanzierungssystem die Aufbringung dieser Mittel. Sie wirkt panikartigem, konjunkturpolitisch unberechenbarem Sparen für die sogenannten Wechselfälle des Lebens entgegen.

Als wirtschaftlicher Stabilisierungsfaktor sinkt der Anteil der staatlichen Einkommensübertragungen im Aufschwung und steigt im Abschwung. 1967 schnellte der Anteil dieser Über-

tragungen von 13,1% auf 14,3% des Bruttosozialprodukts hoch. Etwas Ähnliches beobachten wir jetzt. Das ist kein Betriebsunfall der Sozialpolitik, sondern wirtschaftlich sinnvoll, automatisches staatliches Gegensteuern gegen das unerwünschte Absacken des privaten Verbrauchs durch angemessene Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung. Defizite im Abschwung, die der Staat ausgleicht, sind wichtiger, unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Sicherung. Wer gegen sie polemisiert, redet gegen die Lehrbücher der Wirtschaftswissenschaft. Wer im Abschwung soziale Leistungen abbauen will, zerstört das Vertrauen des Konsumenten in das soziale Schutznetz, treibt ihn zum Sparen, reduziert die Einzelhandelsumsätze noch stärker, bekommt die Konjunktur kaum noch in Schwung.

Staatliche soziale Sicherung und kommerzielle private Lebensversicherung können und sollen friedlich nebeneinander bestehen. Wie ich vorhin ausgeführt habe, hat sich seit 1950 das Bruttosozialprodukt um das 9,3fache erhöht, die Einkommensübertragungen der sozialen Sicherung um das Zehnfache. Betrachten wir nun die Finanzentwicklung der Lebensversicherung: Von 1950 bis 1973 haben sich die Beitragseinnahmen um das 17,5fache, die Zahlungen für Versicherungsfälle um das 19,8fache, der Bestand an Vermögensanlagen um das 28,7fache erhöht. 14,1 Mrd. DM waren 1973 die Beitragseinnahmen der Lebensversicherungen, etwas mehr als die Versicherten der Angestelltenversicherung an Beiträgen selbst aufgebracht haben, also ohne Arbeitgeberanteile. Das wären 3,5 Beitrags-

prozent in der gesetzlichen Rentenversicherung gewesen, 76,5 Mrd. DM betrug der Bestand der Vermögensanlagen.

Staatliche Sozialpolitik erstickt private Altersversorgung keineswegs. Es wird sehr viel zusätzlich für das Alter gespart. Die Menschen haben nicht den Eindruck, daß hier bereits staatlich zuviel Vorsorge getrieben wird. Das Sozialbudget untertreibt also die tatsächlichen Aufwendungen der Mitglieder der Gesellschaft für Zeiten, in denen sie kein Markteinkommen beziehen können. Auch das gehört zur Diskussion über die Grenzen des Sozialstaats.

#### **Staatsverbrauch ein lästiger Tribut?**

Ist nun Privatverbrauch positiv, freiheitsbringend, von vornherein anzustreben, und Staatsver-

## **VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG**

### **NEUERSCHEINUNG**

Hilmar Kaht

### **DIE WIRKUNGEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION AUF DIE EINFUHREN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

In der vorliegenden Studie wird unter anderem die Frage geklärt, ob die Gründung des Gemeinsamen Marktes die Handelsverbindungen innerhalb der Gemeinschaft vertieft und ob sie die Drittländer durch Abschließungseffekte benachteiligte. Die vorgenommene weitgehende Untergliederung der Importströme nach Produktgruppen und Angebotsgebieten ermöglicht erstmals die Erfassung der sehr unterschiedlichen Wirkungen der veränderten Wettbewerbsbedingungen auf einzelne Branchen. Empirisch belegt wird, daß den starken handelsschaffenden Wirkungen von Zollsenkungen innerhalb der Gemeinschaft keine dadurch hervorgerufene Nettohandelsumlenkung für Drittländer gegenübersteht.

Großoktav, 182 Seiten, 1975, Preis brosch. DM 24,-

ISBN 3 87895 127 2

**V E R L A G   W E L T A R C H I V   G M B H   -   H A M B U R G**

brauch ein lästiger Tribut, einengend, möglichst klein zu halten?

Darüber denke ich anders: Der Wohlstand des Bürgers und die Qualität seines Lebens hängen heute ebenso sehr von Gemeinschaftseinrichtungen ab wie von privatem Einkommen und privatem Konsum. Immer mehr Bedürfnisse des Bürgers müssen deshalb durch öffentliche Dienstleistungen und Investitionen befriedigt werden: Schulen, Krankenhäuser, Sportstätten, reine Luft und sauberes Wasser, öffentliche Verkehrsmittel, soziale Sicherung. Nur Wohlhabende können ohne Beeinträchtigung ihres Lebens weniger Gemeinschaftseinrichtungen fordern; nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Nicht der Staat hat Bedürfnisse, sondern der Bürger. Es geht nicht um Staatsbedarf, sondern um Bürgerbedarf.

Ein Blick in das statistische Jahrbuch zeigt, daß die Verteilung von Chancen und das Angebot von Diensten durch und für die Gemeinschaft mit dem wachsenden Wohlstand nicht zugenommen haben. Real, das heißt in konstanten Preisen, ist der Staatsverbrauch seit 1960 nicht gestiegen, sondern schwankt zwischen 13,0 und 14,6 % des realen Bruttosozialprodukts, ohne einen stetigen Trend erkennen zu lassen. Der Staatsverbrauch der sozialen Sicherung, im wesentlichen die Sachleistungen des Gesundheitssektors, also ärztliche Versorgung, Krankenhäuser, Arzneimittel, steigt allerdings unaufhaltsam; ich werde darauf zurückkommen. Aber auch das ist nicht von vornherein abzulehnen als kollektive Verschwendung, sondern ist das, was man in der Wirtschaft als Unterhalt und Reparatur bezeichnen würde.

Liegen menschliche Freiheit und soziale Sicherung im Clinch? Ist der Mensch freier, souverä-

ner, mutiger, je weniger er gegen die Risiken seiner Existenz gesichert ist? Ist Angst ein notwendiger Treibsatz für Leistung? Auch hier sind wir nicht auf bloßes Meinen angewiesen. Es gibt Beispiele für die Widerlegung dieser Thesen. Machen etwa deutsche Spitzenmanager, deren materielle Sicherung sicher gut ist, einen unsicheren, geknechteten, phantasielosen, saturierten Eindruck? Der Wunsch vieler Selbständiger nach einer sozialen Alterssicherung hat bei mir die Meinung verstärkt, daß umgekehrt ein Schuh daraus wird. Der Mensch ist um so freier, je weniger er von Angst vor Not beeinträchtigt ist. Menschliche Leistung und Selbstverwirklichung haben andere Wurzeln als Furcht und Unsicherheit.

#### Grenzen der Solidarität

Es wäre vermessen, wenn ich behauptete, es wäre im Bereich der sozialen Sicherung alles in Ordnung, jede Mark des Sozialbudgets würde sinnvoll ausgegeben, nichts könnte verbessert werden, nirgendwo gespart.

Im Bereich der Einkommensübertragungen müssen wir offen sein für Fragen nach der Grenze der Solidarität. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen diejenigen, die Arbeit haben, denen, die arbeitslos wurden oder kurzarbeiten müssen, helfen. Dabei dürfen sie erwarten, daß ihre solidarische Hilfe nicht mißbraucht wird. Hier sind Warnschilder angebracht. Ebenso kann es auf Dauer nicht in Ordnung sein, daß Transfereinkommen einzeln oder zusammengekommen höher sind als Arbeitseinkommen. Das ist keineswegs die Regel, aber wo es vorkommt, erregt es mit Recht Anstoß.

Wirken und Form der Organisation der sozialen Sicherung sind kein Ausfluß reiner Vernunft, sondern das Resultat hi-

storischer Merkwürdigkeiten und verkrusteter Verhaltensweisen, beides keineswegs preisdämpfend.

Kostenbewußtsein ist eine Denkweise, die auf dem Medizinmarkt, wo die Patienten als Konsumenten hilflos den Diagnosen und Präskriptionen der Produzenten, Ärzte, Krankenhäuser und Pharmazeuten ausgeliefert sind, abhanden zu kommen droht.

Wenn nicht bald Augenmaß für das Mögliche und Angemessene Platz greift, wird der Staat die gelbe Karte zeigen müssen, im wohlverstandenen Interesse aller, ich sage aller Beteiligten. Auch hier gilt, wer bewahren will, muß reformieren. Treiben lassen zerstört.

Trotzdem ist jeder, der verspricht, daß er die Kosten des Gesundheitswesens auch nur in Einklang mit dem Bruttosozialprodukt halten könne, entweder uninformiert über die Grundtatsachen und ihre voraussichtliche Entwicklung oder ein Scharlatan.

#### Pranger der Ökonomen

Schließlich tragen auch die Versicherten selbst wenig zur Kosteneindämmung bei. Der anonyme Charakter des verwaltungsmäßigen Solidarausgleichs hat gegenüber den direkten menschlichen Beziehungen einer überschaubaren Gemeinschaft eine entmoralisierende Wirkung. Die meisten Menschen hätten starke Hemmungen, sich auf Kosten ihrer Nachbarn und Arbeitskollegen einen Vorteil zu verschaffen. Solche Hemmungen entfallen, sobald die Nachbarn und Arbeitskollegen nicht direkt, sondern indirekt auftreten als Gemeinschaft der Krankenversicherten, Arbeitslosenversicherten, Kraftfahrzeughaftpflichtversicherten, als Gemeinde, Land und Bund. Hier entfallen gewissermaßen Schamgrenzen. Die Gemeinschaft wird zum Ausbeutungsobjekt, weil man ihren soli-

darischen Charakter nicht nachempfindet. Diese Zusammenhänge dürfen nicht tabuisiert werden.

Ich habe am 16. Januar im Deutschen Bundestag gesagt, und dazu stehe ich: „Ich habe die Belastbarkeit der Versicherten immer als ein ganz wichtiges Kriterium der Sozialpolitik angesehen. Das bleibt auch so. Wir alle müssen auch in Zukunft jeden Vorschlag zur Verbesserung der sozialen Sicherheit danach beurteilen, ob der Vorteil, den er bringt, eine zusätzliche Be-

lastung der Versicherten rechtfertigt.“

Aber die Sozialpolitiker lassen sich nicht an den Pranger der Ökonomen stellen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land mit einem engen Netz an sozialer Sicherung, entfalteter industrieller Demokratie und hohem inneren Frieden. Kein Land der Welt mit wenig sozialer Sicherung, geringen Rechten der Arbeitnehmer und großen inneren Konflikten ist ökonomisch erfolgreich. Sozialpolitik ist kein Parasit erfolgreicher

Wirtschaftspolitik, sondern ihre Voraussetzung. Sie gehört zu den Vorleistungen an gesellschaftlicher Infrastruktur, die effiziente Wirtschaftspolitik benötigt, wenn sie sich auf ihre Aufgabe der Verstetigung und des Wachstums konzentrieren will, und nicht ständig von Dammbrüchen und Eruptionen im gesellschaftlichen Bereich abgelenkt wird. Nur als Sozialstaat ist die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich überlebensfähig. Wer von den Kritikern wollte irgendwo anders leben oder gar wirtschaften.

---

Bruno Molitor

## Mit den Beständen rechnen

---

**W**ir sind an einem Zeitpunkt angelangt, wo die Fakten allenthalben deutlich machen, daß es in wirtschaftlich-gesellschaftlichen Dingen keine unbegrenzten Möglichkeiten gibt. Das ist für manche schmerzlich, sie resignieren. Andere flüchten in die Utopie eines grundstürzend neuen „Systems“, das freilich bestenfalls im luftigen Bereich der Gedanken existenzfähig ist. Die vernünftige Reaktion auf die Erfahrung von „Grenzen“ dürfte jedoch darin liegen, mit den Beständen zu rechnen und das Beste aus dem Möglichen herauszuholen. Nirgendwo ist das mehr vonnöten als beim heute erreichten Stand des „Sozialstaates“. Allerdings wäre es verfehlt, hier die Grenzen einseitig in der Kostenexplosion und dem zu sehen, was man nicht mehr bezahlen kann. Es gilt vor allem, auch nach der Funktion und dem Stellenwert zu fragen, den wir der gesellschaftlichen Veranstaltung zu-

messen, und von daher der Sozialen Sicherung Grenzen zu setzen.

### Kein Selbstzweck

Zunächst bleibt an die schlichte Tatsache zu erinnern, daß die kollektive Sicherung kein Selbstzweck ist. Wenn es mit rechten Dingen zugeht, soll sie als Gegenlager für die Risiken des modernen Arbeitslebens und die Dynamik des Wirtschaftswachstums dienen, das unvermeidlich Strukturverschiebungen herauführt. Dazu reicht ein guter sozialer Wille allein nicht aus. Die Technik der Sicherung ist entscheidend, sie muß systemkonform zugeschnitten sein. So darf eine Arbeitslosenversicherung nicht selbst Arbeitslosigkeit schaffen<sup>1)</sup>, die Altersvorsorge nicht den Zusammenhang mit den Vorleistungen verschütten und die Sozialpolitik insgesamt

kein eigener Inflationsbazillus sein.

Die Realität zeigt jedoch ein anderes Bild: Die Sicherungsmaßnahmen tendieren förmlich zur Verselbständigung. Nicht nur, daß immer mehr Mittel auf den gleichen Versorgungsbahnen eingesetzt werden, wo der distanzierte Beobachter eigentlich erwarten sollte, daß mit dem steigenden allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsniveau die Dringlichkeit kollektiver Vorsorge zurückgehen müßte. Nicht nur, daß immer wieder weiße Flecken auf der sozialpolitischen Landkarte entdeckt werden, wo doch sachlich alles dafür spräche, zunächst einmal beherrzt der tatsächlich verbleibenden Armut zuleibe zu rücken. Nicht nur, daß immer mehr Personenkreise in das System einbezogen werden, die es bislang gewohnt waren, für sich selbst aufzukommen. Es werden auch die Voraussetzungen für

<sup>1)</sup> Vgl. Bruno Molitor: „Moral Hazard“ in der Sozialpolitik, in: Arbeit und Sozialpolitik, 29. Jg. (1975), S. 11 ff.

den Leistungsempfang gelokert und die Transferhöhen eingeebnet. Kein Wunder, daß sich da eine Mentalität breitmacht, die den Staat, und das heißt stets: die anderen, als eine Art Glücksmaschine betrachtet, die stets neue Ansprüche zu erfüllen hat.

### Pluralistisches System

Sodann ist Sicherheit sicherlich nicht alles, weder im individuellen noch im sozialen Leben. Gleichwohl bleibt es in einer freiheitlichen Gesellschaft dem Bürger unbenommen, sich nach seinen besonderen Umständen und Präferenzen für ein Mehr oder Weniger zu entscheiden. Schon darum muß es ein privates Versicherungsangebot geben, das, anders als die soziale Grundsicherung, auf den Einzelfall eingehen kann. Aber nicht nur das. Eine starke Privatversicherung ist als Element der Konkurrenz und des Rationalisierungsdruckes auch zum Nutzen und Frommen der kollektiven Sicherungsinstitutionen unentbehrlich, die nur zu leicht das Opfer bürokratischer Unwirtschaftlichkeiten werden. Ein pluralistisches System hat gegenüber dem Sicherungseintopf den Vorteil des größeren Freiheitsgrades wie der höheren ökonomischen Rationalität.

So ist der Gesetzgeber schlecht beraten, wenn er durch ständige Ausweitung der Zwangsmitgliedschaft in der Sozialen Sicherung und auf andere Weise – bewußt oder unbewußt – der Privatversicherung das Wasser abgräbt. Auch hier, in der Bewahrung und Stärkung des pluralistischen Systems, werden Grenzen des Sozialstaates sichtbar.

### Betreuungsüberbau

Das gilt um so mehr, als – drittens – die schieren Verwaltungskosten, die die kollektive Sicherungsveranstaltung verursacht und die natürlich in die

Kalkulation der Zwangsbeiträge eingehen, bedrohliche Ausmaße angenommen haben. Es ist ein alter und offenbar schwer ausrottbarer Irrtum, daß mit der Zentralisierung und gesetzlichen Vereinheitlichung automatisch eine Kostensenkung einhergehe. Die Erfahrung spricht da eine andere Sprache. Wie etwa die neue Kindergeldregelung wiederum gezeigt hat, pflegen „soziale Reformen“ zunächst einmal die Personalkosten des beamteten „Betreuungsüberbaus“ in die Höhe schnellen zu lassen. Was in diesem Bereich erst einmal eingerichtet ist, wird so schnell nicht wieder abgebaut. Die inhaltliche Kompliziertheit von gesetzlichen Regelungen tut ein übriges, daß gleichwohl die Streitigkeiten und die Verdrossenheit im Umgang mit den Ämtern zunehmen. Und „Betreuung“ bedeutet im harten Kern immer auch empfindliche Abhängigkeit.

Darum ist die Beschränkung auf das Wesentliche, Vereinfachung und interne Abstimmung zur zügigen Abwicklung der Sicherungsfälle ein Gebot der Stunde, und zwar schon darum, weil sich sonst die Sozialeinrichtungen selbst, zumindest psychisch, um einen Teil ihrer Sicherungswirkung bringen.

Indessen wird man es damit tunlichst nicht bewendet sein lassen. Hinzu kommen muß eine Art eingebauter Regelmechanismus, der dazu angetan ist, die Verwaltungskosten in Schach zu halten. Würde zum Beispiel in der Sozialen Altersversicherung der Staatszuschuß nicht als Teil der Rentenleistungen, sondern als Übernahme der Kosten zur Betriebsbereitschaft des Sicherungsträgers konzipiert, wäre gleichsam eine Prämie darauf gesetzt, die Verwaltungsausgaben im Eigeninteresse der Exekutive zu rationalisieren; denn sie belasten jetzt Periode für Periode unmittelbar den Staatshaushalt. Wie denn überhaupt der Attitüde des Gesetzgebers und der Re-

gierungen ein Riegel vorgeschoben werden muß, die nach dem bequemen Rezept verfährt, Lasten, die sachlich aufs Konto jener Sicherungssparten gehen, an deren Finanzierung das öffentliche Budget erheblich beteiligt ist, auf politisch schwächere Glieder des Systems abzuladen, wie etwa auf die Soziale Krankenversicherung, die ihre Beiträge erhöhen muß, ohne daß dem bei ihr Versicherten klar würde, warum und zu wessen Nutzen er zusätzlich zur Kasse gebeten wird. Hier ist nur an den Krankheitsschutz der Altersrentner und Invaliden zu denken, der nach wie vor einer akzeptablen Lösung harrt, aber auch an die zunehmenden Aktivitäten des Familien- und Gesundheitsministeriums: Was dort programmiert wird, gehört auch in den Etat des Hauses; denn sonst fehlen die heilsamen Bremsen. Ein weiteres Beispiel ist die Arbeitslosenversicherung, die fortwährend mit allgemeinen Ausgaben der Berufsförderung belastet wird, die ihrem Sachcharakter nach in den steuerfinanzierten Bildungshaushalt fallen.

### Lastquote der privaten Haushalte

Viertens setzt die Belastungsquote der Arbeitnehmerhaushalte der Ausweitung der Sozialen Sicherung Grenzen. Freilich will das richtig interpretiert sein. Man kann sich nicht dadurch aus der Affäre ziehen, daß man von einem „Gejammer“ spricht, das die gleichen Leute anstimmen, die immer mehr Sozialleistungen erwarten und dann erstaunt sind, wenn schließlich ein Drittel ihres Bruttoeinkommens im Abzugswege mit Beschlag belegt ist. Es geht hier um sachlich-technische Zusammenhänge.

Einmal hat die Neigung der praktischen Sozialpolitik, in der Finanzierung Beitrags-, Gebühren- und Steuertechniken in bunter Palette zu mischen, zu einer Vernebelung der Szene geführt,

die es den Betroffenen faktisch unmöglich macht, die wahren Leistungs-Belastungsverhältnisse zu durchschauen und zu kontrollieren. Kein Wunder, daß da die Vorstellungen über die tatsächlichen Kosten einer Maßnahme, die die Politiker anbieten, zu wünschen übrig lassen, bis dann die sich herausstellende Gesamtbelastung durch Beiträge und anteilige Steuern, bei denen die indirekten Steuern zumeist noch unberücksichtigt bleiben, irgendwann die Augen öffnet. So ist es schon aus Achtung vor dem mündigen Staatsbürger geboten, in der kollektiven Vorsorge für die Risiken des Arbeitslebens, wo immer das praktisch nur möglich ist, zur sauberen Anwendung der Beitragsfinanzierung nach dem Sozialversicherungsprinzip zurückzuverkehren und im übrigen die Leistungsverbesserungen im Rahmen dessen zu halten, was die Rationalisierung innerhalb der Sicherungsträger und die Höhe des Beitragsaufkommens erlauben, das bei gegebenem Beitragssatz mit dem Einkommenswachstum automatisch zunimmt.

Zum anderen erzählt die Quote der inzwischen erreichten Belastung noch nicht die ganze

Geschichte. Es müssen auch deren Wirkungen auf den Leistungsanreiz und das Arbeitsangebot, auf die Lohnpolitik und die monetäre Entwicklung in Rechnung gestellt werden, die nicht darum weniger bedenklich sind, weil sie nicht offen und unmittelbar zutage liegen. Hier droht ein wichtiges Nebenziel der Sozialen Sicherung, nämlich bei Gelegenheit der kollektiven Vorsorge auch der Einkommensumverteilung zu dienen, sich geradezu in sein Gegenteil zu verkehren. Je höher die Gesamtbelastung, um so mehr herrscht die horizontale Redistribution innerhalb ein- und derselben Schicht vor, und ein Gleiches gilt, wenn der Arbeitseinsatz nachläßt, was sich ja doch nur die ohnehin Bessergestellten zu leisten vermögen, oder wenn die Inflationsspirale sich zu drehen beginnt, die nun wahrlich das Unsozialste darstellt, was man sich denken kann.

Natürlich läßt sich der „breaking point“ in der Belastungshöhe nicht von vornherein auf einen bestimmten Prozentsatz festnageln. Das ist auch gar nicht erforderlich. Denn das Bild vom Punkt, an dem das Positive ins direkt Negative umschlägt, er-

scheint für die Sache, um die es geht, insofern wenig treffend, als längst vorher ein breites Intervall erkennbar ist, in dem das Gesetz vom abnehmenden Nutzenzuwachs spielt: Es wird bei dem, was man tatsächlich noch als zusätzliche Wohltat erreicht, immer zweifelhafter, ob sich der Mehreinsatz an Mitteln lohnt. Und dies insbesondere, wenn man mit dem Gewinn vergleicht, den die sich heute bietenden Alternativen in der Mittelverwendung dem einzelnen abwerfen würden. Man denke nur an die private Vermögensbildung und die individuelle Verbesserung der beruflichen Qualifikation, die gewiß auch eine Vorsorgedimension haben, aber darüber hinaus, im Unterschied zur kollektiven Sicherung, den Vorteil, die Unabhängigkeit und die Selbstbestimmung zu fördern. So ist es schließlich der zweifelhafte Nutzen einer sich aufblähenden Sozialpolitik, der die gleichen zwei Prozent an Mehrbelastung untragbar macht, deren Einsatz früher unter anderen Strukturbedingungen durchaus sinnvoll war. Daß diese Situation in der Bundesrepublik erreicht ist, kann niemand leugnen, der einerseits die anhaltende Unzufriedenheit breiter

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

DEMNÄCHST ERSCHEINT

Bruno Molitor

**VERTEILUNGSPOLITIK IN PERSPEKTIVE**

Großoktav, 211 Seiten, 1975, Preis brosch. ca. DM 34,-

ISBN 3 87895 134 5

**V E R L A G   W E L T A R C H I V   G M B H   -   H A M B U R G**



Kreise der Betroffenen in Sachen Soziale Sicherung und andererseits die objektiven Möglichkeiten zu deuten weiß, die sich dem einzelnen bei der inzwischen erreichten Stufe des allgemeinen Einkommensniveaus in freier Entscheidung bieten.

#### Politischer Konkurrenzkampf

Die Politiker tun sich hier freilich schwer. Sie haben sich daran gewöhnt, in der Ausweitung der Sozialen Sicherung ein gutes Pferd zu sehen, das sich im demokratischen Konkurrenzkampf um die politische Macht

starten läßt, und offenbar macht es auf der politischen Bühne besondere Schwierigkeiten, rechtzeitig eingefahrene Gleise zu verlassen, wenn sie einmal zum Erfolg führten. Doch sollten gerade die Erfahrungen in den skandinavischen Ländern, die schon einen Schritt weiter sind, aufhorchen lassen. Wenn erst ein System, das als Hort der Sicherheit angetreten war, selbst zur Quelle der Verunsicherung wird, sind die Grenzen des Sozialstaates vollends überschritten. Darum spricht in einer Situation wie der unsrigen alles dafür, im politischen Konkurrenzkampf

die Pferde zu wechseln und auf die Sicherung der Bestände zu setzen. Klarheit über die Prioritäten und Rationalisierung in allen ihren Formen sind die vordringlichen Themen der zukünftigen Sozialpolitik. Daß dabei das Publikum nicht mitginge, muß bis zum handfesten Beweis des Gegenteiles als Vorurteil gelten. Seine Meinung in den hier zur Diskussion stehenden Fragen, die sich übrigens nicht mit der „öffentlichen Meinung“ zu decken braucht, ist in der Regel sachlich besser als ihr Ruf in manchem Fraktionszimmer.

---

Heinrich Geißler

## Finanzkrise oder Sozialkrise?

---

Hinter das Thema „Grenzen des Sozialstaats“ möchte ich zunächst einmal ein Fragezeichen setzen. Denn schließlich ist die Diskussion um diese „Grenzen“ nicht neu. Im Gegenteil, es scheint hier richtige „Konjunkturen“ zu geben. Immer dann, wenn sich die Finanzprobleme des Staates zuspitzen, wird das Karussell um die Grenzen des Sozialstaats kräftig in Bewegung gebracht:

Bereits vor der Jahrhundertwende klagte man bei der Einführung der Einkommensteuer über eine Überforderung des Staatsbürgers. Damals hatte, wer im Jahr 10 000 DM verdiente, eine Einkommensteuer von 300,- DM zu zahlen, das entspricht einer Belastung von 3%.

Gleichermäßen gab auch die Sozialleistungsquote etwa des Jahres 1927 mit 10,4% zu düsteren Zukunftsbetrachtungen Anlaß.

Auch aus der neueren Sozialgeschichte kennen wir „Hochzeiten“ der Diskussion um die Grenzen des Sozialstaats. So um die Wende der 50er Jahre, als sich die Sozialleistungsquote um 16% bewegte, oder 1967 etwa, einem Jahr wirtschaftlicher Abflachung, in dem die Sozialleistungsquote auf 20,6% angestiegen war.

Im Jahr 1975 ist eine neue Runde eingeläutet worden. Die politische Antwort wird entscheidend davon abhängen, ob es sich auch heute nur um eine der traditionellen „Konjunkturen“ handelt, die wir m. E. in der

Vergangenheit zum Nutzen für den sozialen Frieden, aber auch zum Nutzen der Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens überwunden haben, oder ob wir heute tatsächlich vor einer notwendigen Zäsur in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik stehen.

#### Finanzkrise des Staates

Vergegenwärtigen wir uns die Fakten:

Die Zeiten hoher Wachstumsraten etwa der 60er Jahre werden wohl so schnell nicht wiederkommen. Die Sorge um ausreichende Wachstumsraten für die Zukunft wird verstärkt durch eine seit 1971 anhaltende Stagnation bei den Investitionen. Das ist eine schwere Hypothek, die auf mittlere Sicht eine ein-

schneidende Einengung der Wachstums- und Verteilungsspielräume bedeutet. Dadurch ging nämlich, wie errechnet wurde, ein ansonsten verfügbares und verteilbares Sozialprodukt von insgesamt 375 Mrd. DM verloren.

□ Die Finanzentwicklung bei den öffentlichen Händen ist besorgniserregend. Finanzierungslücken der öffentlichen Hände (Gebietskörperschaften, Bundesbahn und Bundespost sowie Sozialversicherung) von zig Milliarden DM sind bereits amtlich. Sie werden – wenn nicht grundlegend neue Weichen gestellt werden – noch sehr viel höher werden. Vor allem die Gebietskörperschaften drohen immer tiefer in den Defizitstrudel zu geraten. Dies ist nicht zuletzt die Folge einer vor allem vom Bund vorangetriebenen Ausgabenpolitik, die sich kaum noch an den tatsächlichen Finanzierungsmöglichkeiten zu orientieren scheint: Der Marsch in immer höhere Defizite ist so vorprogrammiert.

□ Überlagert und zugleich verschärft werden unsere eigenen Probleme durch weltweite Verteilungauseinandersetzungen. Die sogenannte Energiekrise soll hier beispielhaft genannt werden.

Angesichts dieser Entwicklungen ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß wir uns heute tatsächlich an einem Wendepunkt befinden, der uns zwingt, die bisherige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik neu zu überdenken –, der uns zwingt, alle Bereiche staatlicher Tätigkeit neu zu überdenken. Ich halte es für einen verhängnisvollen Fehler, die Finanzkrise des Staates – ohne sich vorher um eine hinreichende Gesamtanalyse zu bemühen – schlicht und vorschnell zu einer Sozialstaatskrise umzudeuten.

Es darf nicht übersehen werden: Die soziale Verpflichtung ist ein konstitutives Element unserer Wirtschafts- und Gesell-

schaftsordnung. Sozialpolitik ist kein Lazarettwagen, um die Fußkranken und Lahmen der Leistungsgesellschaft aufzusammeln. Die sozialen Leistungen sind keine milde Gabe. Das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ beruht auf dem Grundgedanken, daß die Ergebnisse des Wirtschaftens nach unserem Gerechtigkeitsempfinden von vornherein der sozialen Korrektur bedürfen.

Täuschen wir uns nicht: Auch in Zukunft wird es nicht gelingen können, den Marktablauf so zu gestalten, daß der Markt quasi automatisch gleichermaßen Wirtschaftlichkeit und soziale Gerechtigkeit produziert. Das ergibt sich schon allein daraus, daß große Teile unserer Bevölkerung nicht oder nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen können. Das gilt für Rentner und Arbeitslose, für Behinderte und Kinder ebenso wie für die Frauen, die sich der Erziehung ihrer Kinder und der Führung des Haushalts widmen. Dies muß so deutlich festgestellt werden, weil in solchen Situationen – zu Unrecht – der Eindruck erweckt wird, daß man die bisherigen Sozialleistungen vielleicht besser nicht hätte erringen sollen.

#### Versäumte Bestandsaufnahme

Nur durch eine Gesamtschau, die die Sozialpolitik selbstverständlich einschließen muß, kann vermieden werden, daß die Probleme auf einem „finanzpolitischen Verschiebebahnhof“ landen. Eine solche Bestandsaufnahme ist von der hierfür eigentlich verantwortlichen Bundesregierung bislang nicht erstellt worden. Selbst die vorhandenen Instrumente liegen brach. So ist beispielsweise das Sozialbudget zu einem Zahlenfriedhof geworden, und die mittelfristige Finanzplanung des Bundes, die fünf Jahre in die Zukunft schauen soll, ist sogar nach eigenem Bekunden der Bundes-

regierung keine sechs Monate nach ihrem Erscheinen völlig überholt.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Selbst unter der relativ günstigen Annahme einer parallelen Entwicklung der Staatsausgaben zum Sozialprodukt werden sich die Finanzierungslücken der Gebietskörperschaften – bei geltendem Steuerrecht – bis 1978 auf über 80 Mrd. DM erhöhen. Im Jahre 1975 wird das „Defizit“ voraussichtlich bei über 50 Mrd. DM liegen.

Bundesbahn und Bundespost werden einschließlich ihres Finanzierungsbedarfs für Investitionen im Jahr 1978 Finanzierungsprobleme in Höhe von fast 16 Mrd. zu bewältigen haben. Dabei ist bereits entlastend berücksichtigt, daß auch Bundesbahn und Bundespost Bundesleistungen in Milliardenhöhe erhalten und daß bis 1978 weitere Tarifierhöhungen vorgenommen werden.

Die Sozialversicherung wird im Jahr 1978 – unter der Annahme, daß die Beitragssätze nicht weiter erhöht werden – mit einem „Defizit“ von rd. 13 Mrd. DM zu rechnen haben. Das heißt, wenn bis 1978 keine weitere Anhebung der Beitragssätze in der Sozialversicherung mehr stattfinden würde, blieben im Jahr 1978 bei der Sozialversicherung rd. 13 Mrd. DM ungedeckt. Bundespost und Bundesbahn allein weisen bereits ein höheres „Defizit“ aus.

Aber auch eine Belastungsrechnung für den einzelnen Bürger widerlegt eindeutig, daß wir es heute vor allem mit einer Krise der Sozialpolitik zu tun haben.

Zwar droht die Abgabenbelastung eines durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers schon bis 1978 infolge der wachsenden Finanzierungslücken bei den öffentlichen Händen – wenn sie „ordentlich“ gedeckt werden – sprunghaft anzusteigen: Von

etwas weniger als 27% des Bruttolohns im Jahre 1975 auf 35,5% im Jahre 1978. Doch von dieser Erhöhung der Abgabenquote um genau 8,6% entfallen nur rd. 1,8% auf die Erhöhung der Sozialbeiträge, 6,8% dagegen auf eine Erhöhung der Einkommensteuer.

Dies würde bedeuten, daß ein Durchschnittsverdiener selbst bei einem jährlichen nominalen Lohnzuwachs von 10% – eine Preissteigerung von „nur“ 5,5% unterstellt – im Jahr 1978 über weniger Kaufkraft verfügen würde als 1975.

Aber auch schon in der Vergangenheit ist die Lohnsteuerbelastung der Bürger stärker gestiegen als die Belastung durch Sozialbeiträge. So hat seit 1950 die Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmerinkommen um 400% zugenommen, die durch Sozialbeiträge jedoch nur um 50%.

#### Krise aller staatlichen Bereiche

Nun könnte es zwar sein, daß die Finanzprobleme der Gebietskörperschaften vor allem durch die staatliche Sozialpolitik bestimmt sind. Dies erweist sich jedoch nicht als stichhaltig. Die heutige Finanzkrise ist eine Krise fast aller staatlichen Bereiche. Die Dynamik einiger ausgewählter Bereiche belegt dies:

□ Die Zuweisungen an die Bundesbahn mußten von 1969 bis 1974 um 160% erhöht werden. Trotzdem konnten Defizite nicht vermieden werden. Wie fatal auf Dauer eine solche Entwicklung für den Bundeshaushalt wäre, zeigt eine kleine Modellbetrachtung. Wenn der Bund seine Zuweisungen an die Bundesbahn in Zukunft ebenso überproportional zu seinen Haushaltszuwachsrate ausdehnen muß wie in den Jahren 1970–1974, wird im Jahre 2000 mehr als der gesamte Bundeshaushalt zur Deckung der Defizite der Bundesbahn benötigt. Der Bund würde zum „Unternehmer“ mit der alleinigen

Zweckbestimmung: Finanzierung der Bundesbahn.

□ Die Personalausgaben der Gebietskörperschaften haben sich im Zeitraum von 1969 bis 1974 mehr als verdoppelt. Entwickeln sich die Personalausgaben auch in Zukunft in dem Maß stärker als die Zuwachsraten beim öffentlichen Haushalt, wie das in den Jahren 1969–1974 der Fall gewesen ist, so müssen im Jahre 2000 bereits über 50% der Ausgaben der Gebietskörperschaften allein für die öffentlich Bediensteten aufgewandt werden.

□ Die Dynamik der wirtschaftlichen Subventionen ist besorgniserregend. Wenn die Finanzhilfen des Bundes so weiterwachsen, wie sie im Vergleich zur Entwicklung des Bundeshaushalts von 1969 bis 1973 gestiegen sind, müssen im Jahre 2000 rund 40% des Bundeshaushalts allein für Subventionen in Form der Finanzhilfen aufgewandt werden.

□ Der Anstieg der Nettobelastung des Bundes für die EG darf nicht so weitergehen wie in den Jahren 1969 bis 1975. Andernfalls müßte der Bund im Jahre 2000 nahezu seinen gesamten Anteil am Mehrwertsteueraufkommen an die EG abführen.

□ Auch in der Bildungspolitik scheint eine durchgreifende Neuorientierung unumgänglich zu sein. Würde nämlich der Bildungsbereich in dem Maße weiter überproportional zur Wachstumsrate der öffentlichen Haushalte expandieren, wie das in den Jahren 1970 bis 1973 der Fall gewesen ist, würde der Bildungsbereich im Jahre 2000 bereits 45% der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden beanspruchen; fast jede zweite Mark würde dann im Bildungsbereich ausgegeben werden. Eine Bildungsreform, die auch ökonomisch sinnvoll ist, müßte ihre Schwerpunkte mehr in der Stär-

kung der Familienerziehungsverantwortung und -fähigkeit suchen, zumal die Überwucherung der familiären Erziehung durch Schule und Vorschule die Chancengleichheit letztlich nicht vermehren kann. Im Unterschied zur ausschließlich staatlichen Bildungspolitik haben öffentliche Mittel zur Stärkung der familiären Erziehung einen ungleich höheren „Multiplikatoreffekt“.

#### Notwendige Durchforstung

Mit dieser kurzen Beleuchtung anderer Bereiche soll keineswegs der „Schwarze Peter“ von der Sozialpolitik an andere weitergegeben werden. Schließlich ist nicht zuletzt seit Vorlage meiner Krankenversicherungsstudie im sozialen Bereich mit einer Durchforstung begonnen worden. Seit der Vorlage dieser Studie sind die Bemühungen um eine Eindämmung der Kostenexplosion beim Gesundheitswesen von allen Beteiligten stark intensiviert worden. Wenngleich bisher erst in den Teilbereichen – wie im Krankenhauswesen – greifbare Ergebnisse vorliegen, zeigen doch die vielfältigen Bemühungen z. B. in Form sogenannter „konzertierter Aktionen“ der einzelnen Bundesressorts, der einzelnen Bundesländer und der Gesundheitsministerkonferenz der Länder, der Krankenkassen und ihrer Vertragspartner, daß erkannt worden ist, daß die Entwicklung so nicht weitergehen darf.

Wichtig scheint mir vor allem folgender Zusammenhang: In den letzten Jahren ist in dem Bemühen, das Sozialprodukt möglichst gerecht zu verteilen, häufig die Sorge um eine möglichst effektive Produktion ebendieses Sozialprodukts zu kurz gekommen. Ja, ist es nicht so, daß häufig „sozial“ und „effektiv“ als feindliche Brüder betrachtet wurden? Wie sonst hätte es geschehen können, daß der

Staat zunehmend mehr wirtschaftliche Tätigkeiten an sich ziehen konnte – nicht zuletzt unter dem falschen Vorzeichen „alles, was der Staat macht, ist sozial“ –, in denen er heute unsozial teuer produziert?

Ich glaube, daß ein Großteil der Ursachen für die heutige beispiellose Finanzkrise der öffentlichen Hand mit darin zu suchen ist, daß wir uns in vielen Bereichen zunehmend der Chancen begeben haben, die in den Marktgesetzen des Wettbewerbs liegen. Eine Verstärkung der Effizienz unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems wird jedoch zunehmend zur Voraussetzung für eine befriedigende Fortführung unserer Sozialpolitik. In Zukunft werden wir eine Verlagerung von wirtschaftlichen Tätigkeiten auf den Staat sehr kri-

tisch unter die Lupe nehmen müssen. Darüber hinaus werden wir ernsthaft prüfen müssen, welche bereits vom Staat übernommenen Funktionen wieder in die Hände der Privatwirtschaft zurückgegeben werden können. Denn: Gesetze von Konkurrenz und Effizienz sind beim Staat häufig entscheidend außer Kraft gesetzt. Das Beispiel Bahn und Post, die trotz exorbitanter Tariferhöhungen und Milliardenzuschüssen aus der Bundeskasse riesige Defizite machen, belegt dies eindeutig. Während früher – wie mein Kollege Heubl mit Recht feststellt – „mit den Überschüssen öffentlicher Monopolbetriebe soziale Leistungen finanziert werden sollten, knöpfen diese heute den Bürgern mehr Geld ab, als es Private jemals gewagt hätten, und bleiben trotzdem im Defizit“. Bahn und

Post stehen dabei nur als „Musterbeispiele“ wirtschaftlicher Inflexibilität beim Staat. Selbstverständlich können auch Unternehmen der freien Wirtschaft in „rote Zahlen“ geraten. Aber hier erzwingen die Gesetze des Marktes rasch eine Änderung der Unternehmenspolitik.

Der erreichte soziale Standard sichert die politische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland. Ihn gilt es zu erhalten und zu festigen. Die Einrichtungen der sozialen Sicherung sind ebenso wie andere Bereiche des Staates kein Selbstbedienungsladen. Dies gilt für den einzelnen, besonders aber für die großen Gruppen. Es ist notwendig, alle Bereiche und alle Ebenen staatlicher Tätigkeit auf den Prüfstand ökonomischer Effizienz zu stellen.

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG**

**NEUERSCHEINUNG**

Franz Jürgen Jägerler

**DIE ROHSTOFFABHÄNGIGKEIT  
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

Die Bundesrepublik Deutschland ist als viertgrößte Industrienation eines der Hauptverbraucherländer von Rohstoffen. Sie selbst verfügt jedoch nur über einen verschwindend geringen Teil der gesamten heute bekannten Rohstoffreserven. Die relative Unsicherheit in der Versorgung mit notwendigen Rohstoffen drang allerdings erst während der „Erdölkrise“ in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit. In der vorliegenden Studie werden vor dem Hintergrund umfassenden statistischen Materials der Grad der Rohstoffabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland für eine breite Palette von Rohstoffen dargestellt und besondere potentielle Engpaßbereiche der Rohstoffversorgung analysiert.

Großoktav, 201 Seiten, 1975, Preis brosch. DM 34,-

ISBN 3-87895-128-0

**V E R L A G   W E L T A R C H I V   G M B H   -   H A M B U R G**